



«Jüdische Studierende fühlen sich teils nicht mehr sicher»

ZÜRICH Die Studierendenproteste weiten sich aus.

Önder Günes von der Föderation der Islamischen Dachorganisationen bittet um einen gemässigten Ton.



An der Uni Bern wird seit Sonntag protestiert. 20min

Das ist passiert

Mit Basel, Bern und Freiburg haben propalästinensische Studierendenproteste weitere Universitäten erreicht. Die Demonstrierenden protestieren für ein «freies Palästina» und werfen Israel vor, einen Genozid zu begehen. Gefordert wird ein akademischer Boykott israelischer Institutionen.

Das sagen jüdische Mitstudierende

Am Sonntag veröffentlichte der Verein jüdischer Studentinnen und Studenten Schweiz ein Statement: Parolen wie «From the river to the sea» sprächen Israel sein Existenzrecht ab und seien als Aufruf zur Gewalt zu verstehen.

Das sagt der islamische Dachverband

Önder Günes, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS), sagt: «Die

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut und solche Demonstrationen müssen möglich sein. Das Anliegen, Aufmerksamkeit auf den Krieg im Nahen Osten und das Vorgehen der israelischen Armee zu lenken, ist legitim.» Gleichzeitig ruft er Organisatoren und Teilnehmende zur Mässigung auf. «Im Falle von antisemitischen Äusserungen sind solche nicht tolerierbar.» Er erwartet, dass die Protestierenden Ängste der jüdischen Studenten ernst nehmen.»

Das sagt die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus
Philip Bessermann ist Geschäftsleiter und sagt: «Jüdische Studierende fühlen sich an den Unis teils nicht mehr sicher. Hier versagen auch die Unileitungen, wenn sie sagen, dass sie die Proteste dann nicht mehr tolerieren, wenn sie antisemitisch werden.»

Das sagen Protestierende

In Basel verweigerten sie das Gespräch. In Bern wichen sie allen kritischen Fragen aus.

ANJA ZOBRIST/DANIEL GRAF

Das sagen die Unis

Uni Freiburg: «Der Verein, der die Demonstration organisiert, ist uns nicht bekannt und wir wissen nicht, wie er sich zusammensetzt. Aus diesem Grund werden wir nicht auf das Thema eingehen.»

Uni Genf: Die Genfer Bildungsdirektorin kündigte die Räumung an und die Uni erstattete Strafanzeige.

Uni Basel: Rote Linien seien überschritten worden, hiess es dort, ein Ultimatum wurde nicht gestellt.

Uni Bern: Die Besetzung der Räumlichkeiten sei «inakzeptabel». **DGR/ZOA**



Das Bernoullium der Uni Basel wurde gestern besetzt. 20min

Das sagen Politikerinnen und Politiker

ZÜRICH An Schweizer Unis wird protestiert – deshalb fordern Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Unis zum Handeln auf. Christian Wasserfallen (FDP) sagt, es sei «absolut inakzeptabel». Die antisemitische Grundstimmung und die undifferenzierte Haltung gegenüber dem Terror der Hamas seien widerlich. Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter versteht es, «wenn die Unis Massnahmen ergreifen». Und es stört sie, dass die Proteste aus dem Ausland orchestriert würden. Nicola Siegrist, Präsident Juso Schweiz, befürwortet dagegen die Proteste, solange sie konstruktiv geführt würden: «Auch Unis sind Orte der politischen Auseinandersetzung. Dort zu protestieren, ist völlig legitim.» Antisemitische Äusserungen seien aber klar zu verurteilen. **ZOA/DTR**